

Ressort: Politik

"Reichsbürger" im Verkehrsministerium – FDP verlangt Aufklärung

Berlin, 10.05.2018, 12:44 Uhr

GDN - Das Bundesverkehrsministerium hat einen mutmaßlichen "Reichsbürger" vom Dienst suspendiert und gegen den Beamten eine Disziplinaranzeige "mit dem Ziel der Entfernung aus dem Beamtenverhältnis" eingereicht. Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Konstantin Kuhle hervor, über die das "Redaktionsnetzwerk Deutschland" berichtet.

Laut Ministerium arbeitete der Beamte vor seiner Entfernung aus dem Dienst für das Bundeseisenbahnvermögen (BEV). Die dem Bundesverkehrsministerium unterstellte Bundesbehörde fungiert als Dienstherr für die Deutsche Bahn und ist für die Betreuung von 173.000 Versorgungsempfängern zuständig. Sie ist unter anderem verantwortlich für die Verwaltung von Versicherungs- und Rentenansprüchen. "Reichsbürger und Selbstverwalter" leugnen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als legitimen und souveränen Staat und sind davon überzeugt, dass Deutschland noch immer in den Grenzen des Deutschen Kaiserreiches oder in denen von 1937 fortbesteht. Sie weigern sich mit dieser Begründung unter anderem, Steuern und Bußgelder zu zahlen sowie Gerichtsbeschlüsse anzuerkennen. Der Bundesverfassungsschutz rechnet der Szene inzwischen mehr als 15.000 Anhänger zu, von denen 900 als Rechtsextremisten eingestuft werden. Zwischen 2015 und 2017 sollen von "Reichsbürgern" nach Angaben von Verfassungsschutzbehörden und Bundeskriminalamt rund 10.500 Straftaten begangen worden sein. Wie viele "Reichsbürger" zurzeit in Deutschland insgesamt im Staatsdienst beschäftigt sind, weiß das Bundesinnenministerium nicht. "Angaben zu (...) Verdachtsfällen aus den Ländern werden durch den Bund nicht erhoben und sind daher nicht bekannt", heißt es in der Antwort an die FDP. Kuhle forderte die Bundesregierung auf, Klarheit über die genaue Zahl von "Reichsbürgern" in der öffentlichen Verwaltung zu liefern. Er warf der Bundesregierung vor, keinen Überblick zu haben. "Im Januar hatte der Bundesinnenminister angekündigt, Reichsbürger aus dem Staatsdienst entfernen zu wollen. Es handelt sich offenbar um eine Szene mit hohem kriminellen Potenzial. Dass in dieser Gruppe Beschäftigte aus dem Öffentlichen Dienst beschäftigt sind, darf der Staat nicht hinnehmen", erklärte der FDP-Innenexperte. "Die Innenbehörden des Bundes und der Länder müssen klarstellen, wie diese Szene wirksam bekämpft werden soll", sagte Kuhle. Erst vor wenigen Tagen hatte der Bund 800 Bundespolizisten zur Aufdeckung eines Menschenhändlerringes aus der "Reichsbürger"-Szene eingesetzt.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-105900/reichsbuerger-im-verkehrsministerium-fdp-verlangt-aufklaerung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com